

Evangelische Kirche
Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
z.Hd. Ulrike Trautwein
Generalsuperintendentin Sprengel Berlin
Georgenkirchstraße 69
10249 Berlin

Philipp Oswalt ■ Architekt

Berlin, den 03.12.2016

Sehr geehrte Frau Trautwein,

nach meiner Teilnahme am Fernsehgottesdienst der Nadelkreuzkirche in Potsdam Mitte September bin ich zu dem Entschluss gekommen, aus der evangelischen Kirche auszutreten. Nach längerer Skepsis habe ich feststellen müssen, dass ich mich mit der Kirche so wie sie heute besteht nicht mehr identifizieren kann, dass es eine Organisation ist, von der ich nicht mehr Teil sein will.

Vor einigen Monaten hatte ich bereits den Aufruf „Christen brauchen keine Garnisonkirche“ unterschrieben. Aber erst mit dem Besuch des Fernsehgottesdienstes wurde mir deutlich, in welcher Intensität und mit welchen fragwürdigen Mitteln die Kirche dieses Projekt betreibt. Die Amtskirche ist der zentrale Motor hinter dem Vorhaben, hat eine Pfarrstelle eingerichtet, gibt zwei Kredit für die Baukosten, und ihre heutigen und ehemaligen Führungskräfte und leitenden Gremien engagieren sich für den Aufbau.

Das Nutzungskonzept für den Wiederaufbau folgte der Idee eines „Versöhnungszentrum“ und Ort der Friedensarbeit und der Gottesdienst stand unter dem Titel „Frieden lernen“. Wenn es nur darum ginge, warum braucht es dafür den Wiederaufbau der Garnisonkirche in der historischen Gestalt? Warum kann man sich dann nicht ergebnisoffen auf die Suche machen, was heute eine angemessene bauliche Form für diesen Zweck an diesem Ort sei? Es ist offenkundig: Für die Verfechter des Projektes ist die Wiedergewinnung der historischen baulichen Form das Primäre, und das Nutzungskonzept dient dazu, diesen Wunsch angesichts der Problematik des Ortes Gesellschaft verträglich erscheinen zu lassen. Die Idee von Frieden und Versöhnung wird nicht nur

instrumentalisiert, sie wird auch konterkariert. Denn man nimmt mit dem Vorhaben bewusst in Kauf, in Stadt und Kirche Unfrieden zu stiften. Und mehr noch: mit unlauteren Mitteln versucht man sich seiner Kritiker zu entledigen. Vor zwei Jahren haben die Befürworter des Wiederaufbaus den Bürgerentscheid zur Garnisonskirche durch einen parlamentarischen Trick ausgehebelt, in dem sie im Stadtrat anders abgestimmt haben als nach ihrer Überzeugung. Und beim Fernsehgottesdienst hat man alle Register gezogen, um die Kritiker draußen zu halten. Die Veranstaltung fand unter Polizeischutz statt, Einlass wurde nur mit Einlasskarte gewährt. Die Stadt hat zunächst durch polizeiliche Auflagen verhindern wollen, dass eine Mahnwache zeitgleich zum Gottesdienst stattfinden kann, weil angeblich die Ausübung der Religionsfreiheit gefährdet sei. Nachdem dies vom Gericht verworfen wurde, haben Polizei und ZDF im Zusammenspiel vor Ort sichergestellt, dass die Kritiker keinesfalls in den Fernsehaufnahmen erscheinen. Und die Gottesdienstbesucher wurden angehalten, bei dem Weg zum anschließenden Empfang einen Umweg zu gehen, um nicht mit den Projektkritikern konfrontiert zu sein. Sind dies die Wege, wie man überzeugend ein Zentrum für Versöhnung und Frieden realisiert?

Beim Gottesdienst ging es – abgesehen von ritualisierten Redewendungen – ohnehin nicht um Frieden und Versöhnung, sondern darum, vor dem Fernsehpublikum für den Wiederaufbau zu werben. Und dabei knüpfte man an die Tradition der Garnisonskirche als Staats- und Militärkirche an. Neben den zwei Geistlichen sprachen in dem 45 minütigen Gottesdienst zwei Politiker und ein Bundeswehroffizier in Zivil. Und trotz der gebotenen Prominenz war die Reihen in dem gar nicht so großen Raum nur sehr lückenhaft gefüllt. Um gute Fernsehbilder zu erzeugen, wurde das Publikum mehrfach aufgefordert, sich in die vorderen Stuhlreihen umzusetzen und das Fernsehteam räumte dann die leeren Stuhlreihen ab. Diese Leere macht wieder einmal deutlich, dass dieses Projekt keine substantielle zivilgesellschaftliche Basis hat, sondern von den politischen und kirchlichen Eliten herbeigeführt wird. Deswegen müssen ja auch die fehlenden Spendengelder durch Mittel aus dem Bundeshaushalt, aus Landestöpfen und Kirchenkrediten kompensiert werden. Aber den Anschein einer zivilgesellschaftlichen braucht es in unserem Gemeinwesen doch. Dafür räumt das ZDF nicht nur die leeren Stuhlreihen ab, dafür lässt auch das Innenministerium des Landes Brandenburg der Fördergesellschaft für den Wiederaufbau Geld zukommen. Während also das zivilgesellschaftliche Engagement der Kritiker von dem mit der Amtskirche innig verbundenen Staat nach Möglichkeit behindert und ausgeblendet wird, sucht man das zivilgesellschaftliche Engagement der Befürworter künstlich zu befördern und größer erscheinen zu lassen, um damit dann wiederum staatliches und kirchliches Handeln legitimieren zu können. Für

mich ist das ganze Vorgehen eine fragwürdige Manipulation der öffentlichen Meinungsbildung durch staatliche Instanzen. Hinzu kommt der unangenehme Beigeschmack, dass hier ein Gottesdienst für letztendlich politische Zwecke genutzt wird, und dafür – so meine ich - die besonderen Privilegien der Kirche zweckentfremdet werden.

Bei all dem will man gleichwohl den Anschein von Ausgewogenheit und Mehrstimmigkeit erwecken. Und so oblag es nach der Ausgrenzung der Kritiker dann dem Bundeswehroffizier, zu Beginn des Gottesdienstes in einem Rollenspiel ein paar kritische Argumente vorzutragen, um sich am Ende den Befürwortern anzuschließen.

Sicherlich begründet dieses eine Projekt und schon gar nicht dieses eine Ereignis allein einen Kirchenaustritt. Aber sie bestätigen mein generelles Unbehagen an einer zu eng mit dem Staat verbundenen Kirche, und an einer mangelnden Glaubhaftigkeit, in der zu oft beschworene Werte nicht praktiziert werden. Ich habe in meinem Leben immer wieder vereinzelt überzeugende Kirchenvertreter kennen lernen können. Aber als Institution hat mich die Kirche als Ganzes nicht im christlichen Glauben bestärkt, sondern von diesem entfremdet. Und mit dem Potsdamer Projekt ist für mich eine rote Linie überschritten, wo ich sagen muss: Nicht in meinem Namen, nicht mit meiner Beteiligung. Zudem habe ich den Wunsch in Zukunft mein Geld, das ich bislang als Kirchensteuerzahler entrichtet habe, anderen Gruppen und Institutionen zukommen zu lassen, die für mich überzeugender und wirksamer für gesellschaftliche und menschliche Werte einsetzen, die mir wichtig sind.

Dass ich nun feststellen musste, dass ich den Kirchenaustritt nicht Ihnen als Kirche gegenüber bezeugen muss, sondern mich an Amtsgericht wenden muss, bestätigt meinen Eindruck. Aber ich bin nicht bereit, an dieser Absurdität mitzuwirken, und so wenden ich dieses Schreiben nicht an das Amtsgericht, sondern an Sie.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Philipp Oswalt

PS: Ich haben diesen Brief einige Zeit liegen gelassen und nicht gleich abgesendet. Einen solchen grundsätzlichen Schritt wollte ich nicht spontan vollziehen. Doch auch im zeitlichen Abstand hat sich meine Einschätzung nicht relativiert, im Gegenteil. Inzwischen habe ich von den Ergebnissen der Forschung von Matthias Grünzig erfahren, der die Geschichte der Garnisionkirche im 20. Jahrhundert untersucht hat. Dabei stellt sich heraus, dass

wesentliche Argumente der Wiederaufbaubefürworter schlichtweg falsch sind. Die betrifft die Frage der Rolle der Kirche für den NS-Widerstand, den Entscheidungsprozess zum Abriss der Kirche, den Tag von Potsdam und damit verbunden die Rolle der Kirche in Weimarer Zeit. Wie kann es sein, dass prominente Vertreter der evangelischen Kirche zur Rechtfertigung eines umstrittenen Wiederaufbauprojektes falsche Aussagen über die eigene Kirchengeschichte verbreiten?

CC:

Pfarrer Jörg Machel, Berlin

Pfarrer Stephan Frielinghaus, Berlin

Pfarrer Cornelia Radeke-Ernst, Potsdam

Pfarrer Joachim Liebig, Dessau-Rosslau

Dr. Hans Misselwitz, Berlin/ Christen brauchen keine Garnisonkirche